

Wohlfahrtsamt Dresden bringt Tabakarbeiterin

Um 300 Mark Unterstützung!

Für ausgefeuerte Tabakarbeiter Unterstützung einbehalten / Kommunistische Landtagstraktion fordert Unterstützung aus der Steuer für alle Arbeiter / Reformistische Fraktionen zerklüffern / Tabakarbeiter kämpfen mit der RGO!

Eine Tabakarbeiterin führte einen langen Kampf um die Unterstützung aus der Tabaksteuer. Ihr wurde vor kurzem mitgeteilt, daß sie die Unterstützung erhält, etwa 300 Mark. Da aber die Arbeiterin inzwischen angraben wurde und Wohlfahrtsunterstützung empfangt, ist der gesamte Unterstützungsbetrag aus der Tabaksteuer von der Fälligkeit eingezogen, und die Arbeiterin erhält — nichts.

Die Tabakarbeiterin wurde ihrem Entlassungsbescheid nach wegen „Beendigung der Beschäftigung“ entlassen und beantragte die Tabaksteuerunterstützung. Das Finanzamt wies den Antrag in einer „unbilligen“ Entscheidung ab mit dem Bemerkten, er sei doch wegen „besonderer Verhältnisse“ entlassen. Daraus geht hervor, daß die Fälligkeit dem Finanzamt einen anderen Entlassungsgrund angedeutet als auf dem Entlassungsbescheid vermerkt wurde.

So wie in diesen Fällen werden die meisten Tabak- und Zigarettenarbeiter um die Steuer, einem der „Bruststücke“ rechtswirksamen Arbeiterbetruges, gebracht. Diese beiden Lasten sind wiederum zwei Beispiele von vielen, die beweisen, was es mit den „Rechten“ der Arbeiter auf sich hat. Auf allen Gebieten des Arbeiterlebens, im Lohnkampf sowie in der Sozialpolitik, werden selbst die kümmerlichsten Rechte beseitigt. Das führt zu der hier anstehenden Rechtskämpfung der Arbeiter, die jetzt durch Anwendung des Artikels 48 gefördert werden sollen. Daß die Bourgeoisie, so aber so, immer auf den fassenden Gaul setzt, ist Marginalien geläufig. Der Klassenkampf gegen die Ausbeutung wächst immer härter an und wird zweifellos alle Fesseln sprengen.

Die kommunistische Landtagstraktion hat die Kampforganisation der Tabakarbeiter gegen die besondere Benachteiligung, die ihnen durch die Rotorordnung wiederfährt, in einem Antrag formuliert, der im wesentlichen lautet:

Allen Tabakarbeitern die Tabaksteuerunterstützung

Die auf Grund der Rotorordnung Kap. III Art. 6 vom Reichsfinanzgesetz und -arbeitsminister erlassene Ausführungsverordnung vom 18. Dezember 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 630) über Entschädigung und Unterstützung im Tabakgewerbe gibt dem Kap. III Art. 4 § 2 eine Auslegung, wonach große Teile von Tabakarbeitern keine Entschädigung erhalten.

Diese Auslegung ist für viele Tabakarbeiter eine große Härte und betrifft vor allem die Holzarbeiter, die meist nicht in der Versicherung angemeldet sind.

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen,

1. bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß auf Grund der Rotorordnung Kap. III Art. 4 § 2 alle Arbeiter des Tabakgewerbes, die durch Anwendung der Bestimmungen der Rotorordnung arbeitslos werden, die vorgezeichnete Entschädigung erhalten;

2. auf Grund des Kap. III Art. 4 § 3 der Rotorordnung vom 1. Dezember 1930 die erforderlichen Summen bei der Reichsregierung anzufordern, um die Gewährleistung von Unterstützungen sicherzustellen;

3. dem Landtag eine Mitteilung über Einnahmehinzuflüsse, die auf Grund dieser Besatzung entstehen, in Verbindung mit einer Angabe über die Höhe der Wiederbestellung durch Wohlfahrtsunterstützung zuzugestehen zu lassen.

In der Landtagssitzung vom 21. März sprach Genosse Bredt über die Angelegenheit und rechnete mit den Arbeitern gründlich ab. Er teilte Folgendes mit:

An der Rotorverordnung über die Entschädigung und Unterstützung im Tabakgewerbe haben sich sehr viele Schwächen herausgestellt. Die Auslegung wird sehr ungünstig vorgenommen. 3. B. werden die Frauen, die bisher als Kleinrentnerinnen in diesen großen Zigarettenfabriken beschäftigt waren, und dadurch, daß der Betrieb wegen der Steuererhöhung eingekürzt worden ist, entlassen worden sind, von der Entschädigung ausgeschlossen. Auch die Handwerker und die Reparaturmeister, die die Maschinen in den Tabakfabriken reparieren, fallen nicht unter dieses Gesetz. Im Dezember wurde für einen Chauffeur, der in der Tabakfabrik beschäftigt war und entlassen wurde, die Entschädigung bezahlt. Im Januar zahlte man für den Chauffeur nicht mehr, dafür aber dem Befahrer. So hat man alle 14 Tage die Meinung gewechselt. Das schlimmste ist aber, daß man den Fabrikarbeitern, die immer noch einen großen Anteil unter den Zigarettenarbeitern darstellen, erst jetzt diese Unterstützung gewährt. Lange Zeit hat man sie ausgeschlossen und ihnen auch nichts vorgeschlagen.

Im Gesetz wird verlangt, daß die Gemeinden vorläufig diese Mittel zu zahlen haben und sie später von der Landesregierung wiederbekommen, aber die Landesregierung stellt sehr wenig Mittel zur Verfügung und läßt sich ziemlich lange Zeit, so daß

dadurch vorgekommen ist, daß Tabakarbeiter, die langjährig gearbeitet haben und denen diese Unterstützung zusteht, diese Unterstützung nicht erhalten haben, oder sie haben 6, 8, ja 10 Wochen auf diese Unterstützung warten müssen.

Die kleinen Zigarettenfabriken, die jetzt wegen dieser Steuern zusammen und nicht mehr produzieren können, bekommen eine Entschädigung von 5000 RM. Wenn sie ihren Betrieb wieder aufmachen, müssen sie diese 5000 RM. zurückzahlen. Das ist eine glatte Unterstützung des Monopolkapitals. Man will durch diese Maßnahme den kleinen Mittelstand, den kleinen Unternehmer ausschalten, und dann soll nur noch das Großkapital zu bestimmen haben.

Wir werden auch für den Antrag stimmen, den die Sozialdemokraten gestellt haben und den sie auf die Schwangeren er-

TABAKARBEITERIN!

Berichte auch du an die Arbeiterstimme über die Ausbeutung in deinem Betrieb. Wie kämpft ihr Arbeiterinnen in der RGO gegen die Lohnräuber?

weiter haben. Doch wir überhaupt über diesen Antrag auf Unterstützung der Tabakarbeiter sprechen müssen, daran sind eigentlich die Leute schuld, die erst mit dafür geloggt haben, daß

in dieser kapitalistischen Republik der Staat balanciert wird, als wäre für die Rotenordnungen getrunken haben und für die Arbeiterkassen eingestrichen sind, im Gegensatz zu dem, was sie in der Rotorordnung getan haben.

Die Regierung mag sich nur noch haben, weil sie, unterstützt von der Sozialdemokratie, das letzte aus den Taschen der Arbeiterklasse herauszieht. Im Jahre 1930 hat im Reich

KOLLEGE BAUARBEITER!

Schreibe uns noch heute, was deine Bemerkungen betreffen und hat gegen den frechen Erpresserwahn der Bauunternehmer. Was sagten die Kollegen dazu?

Stimmenlisten 7904 RM. RM. eingenommen werden, und für das kommende Jahr sollen wieder 6964 RM. RM. durch Maßnahmeneingehommen werden.

Diese von dem kommunistischen Komitee angeführten Leistungen werden täglich in den Betrieben gefordert. Die SED-Führer sind die wirklichen Schuldigen an diesem Zustand. Durch die Politik der reformistischen Betriebsräte in den Betrieben wird überdies selbst solchen Arbeitern, die in dem Sinne der Unterstützung kommen könnten, vielfach die Möglichkeit gestrahlt.

Die Betriebsräte der RGO und revolutionären Vertrauensmänner haben deshalb die Aufgabe, aufmerksam zu sein bei Entlassungen. Klären Sie heraus, ob die Betriebsräte überhaupt einen Entlassungsbescheid ausstellen dürfen, müssen Sie Sorge tragen, daß die Entlassung durch den Unternehmer oder seine Bevollmächtigten bei den Vermerken in Entlassungspapieren unterbunden werden. Für die Tabakarbeiter aber gilt es, mehr denn je sich um die RGO zu kümmern und mit ihr zu kämpfen gegen die völlige Entwertung der Arbeitskraft und Unterstützungsmittel, für die Verwertung der Arbeitskraft auf 24 Stunden bei jedem Arbeitsnachmittag.

Wählt nur die roten Einheitslisten!

An die sächsischen Eisenbahner!

Aufruf der Chemnitzer Eisenbahnerkonferenz der RGO

Bei der Bundeskonferenz der Eisenbahneropposition, die am Sonntag in Chemnitz tagte, wurde ein Aufruf zur Vorbereitung der Betriebsrätewahl am 8. und 10. Mai beschlossen. Der Aufruf muß auf allen Dienststellen bekannt werden. Sämtliche Zellen der Partei und RGO-Ortskomitees müssen die Mobilisierung der Eisenbahner zum Streik gegen den Rohrausfall und für den Sieg der roten Einheitsliste organisieren.

Am 9. und 10. Mai 1931 finden die Betriebsrätewahlen bei der Deutschen Reichsbahn-AG statt. Ein reichliches Jahrzehnt ist seit der Einlegung der Betriebsräte vergangen. Waren die Betriebsräte in den Jahren 1920 noch Hoffmeister der revolutionären Arbeiterschaft und ein scharfer Schilder gegen die Unterdrückungsversuche der Verwaltung, so sind von Jahr zu Jahr mit Hilfe reformistischer Arbeitsgemeinschaften und Verbandspolitik die Betriebsräte mit weniger Ausnahmen zu Handlangern der Verwaltung geworden.

Massenentlassungen von revolutionären Arbeitern und Betriebsräten, Ausschluß aus den Gewerkschaften, Bekämpfung der berechtigten Arbeiterforderungen, das waren die Ergebnisse reformistischer Verbandspolitik.

Doch die revolutionären Energien lassen sich nicht unterdrücken. Das Jahr 1931 ist dafür der beste Beweis. Die Eisenbahnerproleten erwachen: Sie erkennen ihre wahren Freunde und Feinde. Sie erkennen aber auch, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Wüßig erwidert der Ruf in Versammlungen und Zusammenkünften nach einem menschenwürdigen Leben: Wir wollen leben, unsere Familie will nicht verhungern!

Streik und Entlassung ist in den Herzen der Eisenbahnerproleten gegen Fasziensprekariat und Rotoristen eingegraben, Streik und Entlassung gegen die faschistische Schicksalsbestimmung.

Die Eisenbahnerproleten wissen aber auch, daß jene mit dem Kapitalismus und dem faschistischen Staatsapparat verknüpfte

Gewerkschaftsbürokratie keine Helfer aus dieser Not und diesem Eisenbahnhand sein können. Deshalb werden sich alle ehrlichen und fassendwachen Elemente ab von der reformistischen Verbands- und Gewerkschaftspolitik, sie kommen zur revolutionären Aktion!

Eisenbahner Wachen!

Die am 23. März 1931 in Chemnitz tagende Betriebsrätekonferenz der revolutionären Eisenbahner richtet an jeden einzelnen Eisenbahner den brüderlichen Appell:

Macht Euch mit der Verbandspolitik der Schicht, Spitzel, Delfere usw! Reicht euch ein in die RGO! Werbet Mitglieder der RGO!

Bei allen Dienststellen schafft Betriebsgruppen der RGO und revolutionäre Vertrauensleute. Arbeit mit

Rote Betriebsräte! Heute!

Vollversammlung der neugewählten roten Betriebs- und Arbeiterräte der RGO

Mittwoch den 1. April 1931, 19 Uhr, in Mollers Restaurant, Schillerstraße. Tagesordnung: Die Aufgaben der roten Betriebsräte. Alle roten Betriebs- und Arbeiterräte müssen erscheinen. Zutritt nur gegen Mitgliedsanweisung.

Wahlentscheid! Keine Dienststelle ohne Vertretung der RGO zur Betriebsrätewahl! Besorgt nur Stimmgeld für die RGO!

Am 8. und 10. Mai demonstrieren einen Streik gegen Fasziensprekariat und Verbandspolitik, für den Sieg der roten „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition der Eisenbahner“!

Bundeskonzern der sächsischen Eisenbahner, RGO.

Bauarbeiter, hört her!

Der Erpresserplan der Lohnräuber

Wir berichten gestern über den frechen Erpresserwahn der Kapitalisten an den Bauarbeitern. Heute unterbreiten wir den Bauarbeitern die Zahlen in ihren Details, um zu zeigen, wie schamlos das Lohnraubpat ist. Der entsprechende Absatz in dem Rundschreiben der Schichtarbeiter lautet:

Der Stundenlohn beträgt bis zu einer tariflichen Regelung einchl. Werkzeuggeld und Betriebszulage höchstens:

Ortsklasse	Ia	Ib	Ic	IIa	IIb	III	IVa	V
Maurer	119	117	114	112	107	105	99	95
Zimmerer	120	118	115	113	108	106	100	96
Flächler	112	110	107	105	101	99	93	87
Bauhilfsarbeiter	95	94	93	91	87	85	81	78
Züger mit o. d. Werkzeug	104	102	100	107	111	111	106	101
Züger ohne o. d. Werkzeug	106	105	103	110	113	111	106	101
Tiefbauarbeiter	84	83	82	81	79	78	74	72
Flächarbeiter	82	80	77	76	81	79	74	72
Waldarbeiter I	105	103	100	115	112	110	104	99
Waldarbeiter II	117	115	112	110	106	105	97	93
Waldarbeiter III	110	114	111	108	104	102	96	92

Der Stundenlohn mit Werkzeug und Betriebszulage von 10 bis 12 Prozent ist nach der Betriebszulage des ringeren Angehörigen.

Die Betriebszulage beträgt 10 Prozent des Stundenlohns. Die Betriebszulage ist in Prozent zu zahlen.

Es ist eine allgemeine Pflicht, daß die Bauarbeiter ihren Lohn nach dem Stundenlohn der Rotorordnung berechnen. Die Bauarbeiter sind verpflichtet, ihren Lohn nach dem Stundenlohn der Rotorordnung zu berechnen. Die Bauarbeiter sind verpflichtet, ihren Lohn nach dem Stundenlohn der Rotorordnung zu berechnen.

DMB-Bonze muß ausreifen!

Vergeblicher Versuch Versammlung der Bahler-Proleten in Freital zu forcieren (Arbeiterberichtsponen 601)

In einer Betriebsversammlung von Bahler, Freital, am Donnerstag dem 24. März wurde zu der letzten Betriebsversammlung der DMB-Bonze Beschlüsse gefasst. 45 Kollegen waren auf dem Platze.

Als ein Vertreter des Betriebsrates der RGO das Wort erteilt bekam, wachte der DMB-Bonze-Mitglied das zu verhindern: der Vertreter der RGO ist betriebsfremd. (Dabei ist DMB-Bonze betriebsfremd.) Der Antrag, den Vertreter der RGO das Wort zu erteilen, wurde mit 20 gegen 5 Stimmen angenommen. Während (sichere) davon der DMB-Bonze-Mitglied die Kollegen auf, das Wort zu erteilen, um dadurch die Versammlung zu forcieren. Der Vertreter Mäler erwiderte eine Entschuldigung, bis ihm nur 10 Worte folgten und die große Mehrheit im Saal lachend, darunter auch im DMB-Bonze-Mitglied, lachten über die Kollegen. Es ist in weiteren Worten zu den Kollegen.

Der Antrag, um die Betriebszulage bei jedem Lohnnachzahlung zu zahlen, wurde mit 20 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Betriebszulage ist in Prozent zu zahlen. Die Betriebszulage ist in Prozent zu zahlen. Die Betriebszulage ist in Prozent zu zahlen.

Internationale Streikwelle

In Rom: Streikwelle im Eisenbahnbereich. In London: Streikwelle im Eisenbahnbereich. In Berlin: Streikwelle im Eisenbahnbereich. In Paris: Streikwelle im Eisenbahnbereich. In Moskau: Streikwelle im Eisenbahnbereich.

Am 24. März hat in Freital die Revolutionäre Arbeiterpartei (R.A.P.) die Initiative in den Kampf gegen die DMB-Bonze genommen. Die R.A.P. hat die Initiative in den Kampf gegen die DMB-Bonze genommen. Die R.A.P. hat die Initiative in den Kampf gegen die DMB-Bonze genommen.

In Freital: Die R.A.P. hat die Initiative in den Kampf gegen die DMB-Bonze genommen. Die R.A.P. hat die Initiative in den Kampf gegen die DMB-Bonze genommen. Die R.A.P. hat die Initiative in den Kampf gegen die DMB-Bonze genommen.